



BESCHLUSS DER LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG

04. Mai 2014

Queeres Baden-Württemberg

Ende 2013 begannen die Proteste von christlich-konservativer Seite gegen die Pläne der Landesregierung, die Akzeptanz sexueller Vielfalt in den neuen Bildungsplänen zu verankern. Seitdem hat Baden-Württemberg den vermutlich seit langem größten Protest in Deutschland gegen die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*-, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) erlebt. Wir kritisieren scharf, dass dabei CDU und FDP Seite an Seite mit Rechtsextremen demonstrierten. Dies ist für demokratische Parteien untragbar.

Wir als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordern die Landesregierung dazu auf, weiterhin klar Stellung zu beziehen für LSBTTIQ-Rechte. Den Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte, der sich gerade in Bearbeitung findet, muss die Landesregierung nun zügig umsetzen. Wir fordern nicht einfach Toleranz, sondern Akzeptanz, gleiche Rechte und Angst- und Gewaltfreiheit für queere Menschen.

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert konkret von der Landespolitik:

Bildung für Vielfalt

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg spricht sich weiterhin klar dafür aus, dass die Akzeptanz sexueller Vielfalt in den neuen Bildungsplänen fest verankert wird. Über gleichgeschlechtliche Beziehungen, Trans- und Intersexualität, die rechtliche Situation von LSBTTIQ muss im Unterricht gesprochen werden, um Vorurteilen entgegenzuwirken oder sie abzubauen und um queeren Schüler_innen Vorbilder zu geben.

Queere Menschen stärken

Wir fordern politische Maßnahmen, die dazu beitragen, die Situation von queeren Menschen zu verbessern und Homo-, Bi- und Transphobie abzubauen. Neben dem Bildungsplan müssen, um Unterstützung für junge Menschen zu bieten, besonders Beratungs- und Austauschangebote, sowie psychologische Betreuungsangebote, die auf die Belange von queeren Menschen spezialisiert sind, aus- oder aufgebaut werden. Besonders in ländlichen Gebieten bestehen hier noch große Defizite. Ein selbstbestimmtes, angstfreies Leben ist für viele queere Jugendliche immer noch nicht einfach zu erreichen. Zu diesem kann ein Coming-Out gehören, muss aber nicht. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle selbstverständlich so leben und lieben können, wie sie möchten.

Homo-, Bi- und Transphobie entgegentreten

Die aktuellen Proteste gegen die geplante Bildungsplanreform zeigen, dass homophobe und transphobe Anfeindungen sehr oft ohne jegliche Zurückhaltung geäußert werden. Die Angst vor verbalen oder tätlichen Übergriffen, die viele queere Menschen haben, ist nicht aus der Luft gegriffen. Wir sind der festen Überzeugung: Politik und gesellschaftlicher Wandel muss hier ansetzen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert daher den Ausbau von Projekten, die für Homophobie, Biphobie und Transphobie sensibilisieren und dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und Gewalt zu verhindern. Zudem fordern wir die Sensibilisierung der Polizei und Justiz gegenüber homo-, bi- und transphober Gewalt und gegenüber dem Umgang mit Betroffenen.

Gesetze ändern

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert die Landesregierung dazu auf, dass sie sich auf Bundesebene dafür einsetzt, noch bestehende rechtliche Diskriminierungen von LSBTTIQ zu beenden,



wie z.B. beim Thema Ehe, Adoption, Transsexuellengesetz oder Geschlechtseintrag in offiziellen Dokumenten. Wir fordern in offiziellen Dokumenten eine Möglichkeit, das eigene Geschlecht selbst zu definieren oder nicht anzugeben.

Feminismus und Queerpolitik zusammendenken

Bei den Protesten der sogenannten „Demo für alle“ der Bildungsplangegner_innen ist auch die rechte antifeministische Männerrechtsbewegung stark involviert. Hier wird deutlich, was die Bildungsplangegner_innen bekämpfen wollen: dass traditionelle Geschlechterrollen aufgebrochen werden. Gleichgeschlechtliche Beziehungen, Transsexualität wie auch Feminismus stellen die herkömmliche zweigeteilte Geschlechterordnung in Frage.

Wir als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg stellen uns gegen Bestrebungen, die die Menschenrechte von LSBTTIQ und von Frauen missachten. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Menschen frei von einengenden Sexualitäts- und Geschlechternormen leben können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Feminismus und Queerpolitik auch in der politischen Praxis stärker zusammengedacht werden.